

Niederschrift

zur 11. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 13.08.2020	18:30- 21:45 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Lars Aulich

Fraktion DIE LINKE.

Gerold Sachse , Stephan Wende

CDU-Fraktion

Uwe Koch ab 19.22 Uhr, Jürgen Teichmann

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan

Bündnis 90/Die Grünen

Bernd Saliter

Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann , Jürgen Hajduk , Karl-Heinz Wittig

Verwaltung

Melanie Brückner , Anke Marggraf , Jens Mörsel

Abwesend

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 11. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung ist erfolgt. Es sind zunächst 9 Mitglieder anwesend. Herr Koch kommt um 19.22 Uhr.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt. Änderungen liegen nicht vor.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift

Keine Einreden.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Herr Aulich erinnert daran, dass am 14.8.2020 um 17.00 Uhr das neue Rettungsboot an die Feuerwehr übergeben wird.

Herr Aulich bittet darum, allen BürgerInnen die zum TOP Bürgerbudget heute anwesend sind, Rede-recht zu erteilen.

Dem stimmen die Mitglieder zu.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Frau Carlin (mit der Tonaufzeichnung einverstanden) ist aufgefallen, dass zu einigen Vorschlägen zum Bürgerbudget unterschiedliche Bewertungen aus den Fachgruppen vorliegen.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Bürgerbudget 2021 - Beschluss Zulassung der Vorschläge zur Abstimmung

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Mörsel anwesend.

Er führt einleitend aus, dass 95 Vorschläge für das Bürgerbudget 2021 eingegangen sind.

Wie auch schon in den vergangenen Jahren gehandhabt, verliert Herr Mörsel die einzelnen Vorschläge und stellt sie zur Abstimmung/Zulassung.

Vorschlag Nr.	Ja	Nein	Bemerkung
1	x		nur für die Fahrradboxen, keine Videokameras
2		x	Kosten übersteigen das Budget.
3			
4			
5		x	
6		x	
7		x	
8		x	
9		x	

10		x	
11		x	Unterhaltungskosten zu hoch – H. Wende ist dafür, da die Pflege durch Freiwillige erfolgen kann.
12		x	zurückgezogen
13		x	
14	x		
15	x		
16		x	
17	x		Änderung im Vorschlag „Außenbereich“
18		x	
19		x	
20		x	
21		x	
22		x	
23		x	Herr Wende merkt an, dass an anderer Stelle auch Maßnahmen getrennt wurden. Frau Nötzel weist daraufhin, dass der Platz unter Denkmalschutz steht, will aber mit der Denkmalbehörde Kontakt aufnehmen. Sie kann auch nicht garantieren, ob die Anzahl der Laternen ausreicht. Herr Fachtan bittet darum, die eingeschränkte Version zur Abstimmung zu stellen. Herr Wende spricht gegen den Antrag, da es Sinn macht, erst das Gespräch mit der Denkmalschutzbehörde zu suchen.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Fachtan: Dafür: 2 Dagegen: 7 (abgelehnt)

24	x		Teilweise Einfriedung des Spielplatzes mit Zaun/Pflanzen.
25	x		
26	x		
27		x	Die Umsetzung erfolgt außerhalb des Bürgerbudgets.
28		x	Die Umsetzung erfolgt außerhalb des Bürgerbudgets.
29		x	
30		x	
31	x		
32	x		
33	x		Nur der Ausbau des Wanderweges. Herr Dippe fragt nach, ob die Kostenschätzung vom Stadtforst selbst stammt. Herr Mörsel teilt mit, dass eine Prüfung durch den Stadtforst vorgenommen wurde. Herr Dippe bittet darum, dass der Antragsteller selbst entscheiden soll, was ihm am wichtigsten ist.

Vorschlag Nr.	Ja	Nein	Bemerkung
34	x		Zugelassen
35	x		Der Einreicher trägt vor, wie beschwerlich die Begehung des Friedhofes ist. Er stellt seinen Vorschlag nochmal vor. Herr Wende kann dem so folgen. Herr Purps führt aus, dass ein manuell betriebener Rollstuhl zur Verfügung steht. Ob ein Entgelt gezahlt werden muss, überlässt er der Verwaltung. Herr Fachtan fragt nach, wie viele Friedhöfe in Berlin und Brandenburg das schon machen. Herrn Purps sind keine bekannt; aber einer muss anfangen. Frau Nötzel sagt, dass sich die Verwaltung seit einiger Zeit mit der Sanierung des Friedhofes beschäftigt. Die Sanierung der Wege soll angegangen werden. Die Mehrheit spricht sich für die Zulassung des Vorschlages aus.
36	x		
37		x	
38	x		
39		x	
40	x		Nur überdachter Sitzplatz.
41	x		Wassergebundene Wegedecke
42		x	
43		x	
44	x		
45	x		
46		x	
47	x		
48		x	
49		x	
50	x		
51		x	
52		x	
53		x	zurückgezogen
54		x	
55	x		
56	x		
57	x		
58	x		
59	x		
60		x	Zu hohe Kosten – Der Einreicher führt aus, dass es am Garagenkomplex einmal eine Beleuchtung gab. Wegen Rost wurden die Beleuchtungspunkte zurückgebaut. Vielleicht könnte man die Kabel noch nutzen. Frau Nötzel erwähnt, dass sie die Fragen nicht auf Anhieb beantworten kann. Wenn eine neue Beleuchtung gesetzt wird, muss diese DIN-gerecht sein.

Vorschlag Nr.	Ja	Nein	Bemerkung
61	x		
62	x		
63	x		
64	x		
65	x		
66	x		
67		x	Die Umsetzung erfolgt außerhalb des Bürgerbudgets.
68		x	
69		x	
70		x	Herr Starcken sieht den Ablehnungsgrund nicht, da dieser nicht in der Satzung steht. Er wirbt für die Bücherbox. Andere Rotary Clubs haben die Bücherboxen den Gemeinden geschenkt und damit gute Erfahrungen gemacht. Die Stadt will die Box nicht geschenkt haben. Der Rotary Club hat projektgebundene Gelder und kann evtl. den Verlust der Box nicht kompensieren. Herr Wende versteht nicht, wie man zu einer Schenkung kommt. Dies ist keine Maßnahme für das Bürgerbudget. Der Sachverhalt wird noch einmal in der STVV am 3.9.20 behandelt.
71	x		
72	x		
73	x		
74		x	
75	x		
76	x		
77		x	
78		x	
79	x		
80	x		Herr Starcken erörtert den Vorschlag erneut.
81	x		Herr Wende beantragt die Zulassung. Die Mehrheit spricht sich dafür aus.
82	x		
83		x	
84	x		
85	x		Für zwei Basketballkörbe.
86	x		
87	x		
88	x		
89		x	
90	x		
91	x		

Vorschlag Nr.	Ja	Nein	Bemerkung
92		x	
93		x	Frau Carlin bemängelt, dass der Vorschlag nicht in Gänze angefügt wurde. Außerdem bedauert sie, dass hier Stellungnahmen wiederholt wurden. Sie vermisst die neue Stellungnahme und will nur einen Gehweg von 2 m Breite.
94		x	Herr Dippe glaubt, dass das Instrument für die Idee ein Einwohnerantrag oder Bürgerbegehren nach Kommunalverfassung ist. Herr Fachtan schlägt Frau Carlin vor, sich als sachkundige Einwohnerin zu beteiligen. Sie möchte, dass ihr Vorschlag analog zu Nr. 70 durch Befragung der Bürger entschieden wird. Der Vorschlag von Herrn Starcken hat einen anderen Charakter, so Herr Wende. Beim Vorschlag von Fr. Carlin geht es um komplexe Abwägungsentscheidungen.
95		x	Frau Carlin führt aus, dass es viele Flächen gibt und diese sollten allen zur Verfügung gestellt werden. Es sollten Partner zusammengeführt werden. Besitzer von Flächen, welche sich eine Bemalung vorstellen könnten und Künstler welche diese nutzen.

Abschließend weist Herr Mörsel darauf hin, das am Tag der Entscheidung am 13.9.2020 mit dem gleichzeitig stattfindenden Erntefest das Festgelände rund um das Alte Rathaus und dem Marktplan einzäunt wird. Die Besucherströme werden gezählt und geleitet.

Es besteht auch wieder die Möglichkeit einer ganztägigen Vorababstimmung (3.9. und 8.9.2020), für die BürgerInnen die am Tag selbst keine Zeit haben.

Herr Wende stellt die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, weitere Abstimmungsorte und Abstimmungsmöglichkeiten einzurichten, so dass viel mehr BürgerInnen die Chance hätten, daran teilzunehmen.

Herr Mörsel hat sich gerade auf Grund der Corona-Situation Gedanken gemacht. In der DB beim BM wurde auch diese Thematik diskutiert. Wenn überhaupt, könnte die Möglichkeit einer Online-Abstimmung kurzfristig initiiert werden, so dass sich die BürgerInnen per Telefon, Post oder E-Mail melden, die dann einen Online-Fragebogen zugesandt bekommen. Die Möglichkeit zusätzliche Wahllokale einzurichten, ist nicht umsetzbar.

Der Vorsitzende lässt die gesamte Liste zu den Vorschlägen zum Bürgerbudget abstimmen.

Abstimmung: einstimmig

TOP 7.2 Informationen zur aktuellen Haushaltslage

TOP 7.2.1 Bericht über die Veränderungen zum Haushalt 2020

Frau Brückner erläutert an Hand einer Darstellung, die allen Mitgliedern vorliegt, die aktuellen Veränderungen zum Haushalt 2020.

Wesentliche Punkte:

- Gewebesteuer - 6.055.000 €
104 Anträge auf Anpassung auf null liegen vor.
28 Anträge auf Stundung und Aussetzung auf
Vollstreckung wurde dreimal beantragt.
- Gemeindeanteil an der
Einkommenssteuer - 359.695 €
- Gemeindeanteil an der
Umsatzsteuer - 310.000 €
- Vergnügungssteuer - 79.100 €
- Zuweisungen nach Kita-
Gesetz 71.705 €
- Allg. Schlüsselzuweisung 361.830 €
- Investive Schlüsselzuweisung 26.071 €
- Familienleistungsausgleich - 23.460 €
- Elternbeiträge Kinder-
tagesstätten - 89.200 €
- Elternbeiträge Mittagsmahlzeit - 61.800 €
- Ausgleich Corona-Virus vom Land 378.382 € - Weitere Ausfälle sollen vom Land
getragen werden; welche konkret erstattet werden steht noch nicht fest.
- Erträge Kostenerstattung von den
Gemeinden VVJ 640.000 € die nicht geplant wurden
- Dienstaufwendungen für tarif-
lich Beschäftigte -1.483.437 €
- Gewerbesteuerumlage - 557.697 €
- Kreisumlage - 302.000 €

Nach Betrachtung dieser Änderungen und Einrechnung im Haushalt ergibt sich im Vergleich zum aufgestellten und beschlossenen Plan 2020 eine Gesamtabweichung von ca. 2,6 Mio. € (im Ergebnishaushalt ergibt sich ein Überschuss von ca. 300.000 €). Die Veränderungen des Bestandes an Zahlungsmitteln belaufen sich auf -2.474.253 €. Der Kassenkredit wird derzeit ausgeweitet, um die laufenden Verbindlichkeiten begleichen zu können.

Herr Wende richtet die Frage an Frau Brückner, ob sie in Anbetracht der Entwicklung die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes sieht.

Frau Brückner teilt mit, dass es aus ihrer Sicht keine Notwendigkeit gibt, eine Nachtragshaushaltsatzung zu erlassen, sonst wäre sie schon tätig geworden; im Zweifel greift die Haushaltssperre. Sollte sich abzeichnen, dass der Haushalt sich in einer Schieflage befindet und die gesetzlichen Anforderungen des Haushaltsausgleiches nicht gegeben sind, muss eine Haushaltssperre ausgesprochen werden.

Herr Wende merkt noch an, dass beim letzten Mal vorgetragen wurde, dass das Instrument einer Haushaltssperre nicht zur Anwendung kommen soll, da es keinen Nutzen hätte. Der Haushalt ist so eng gestrickt, dass es kaum etwas zu sperren gibt.

Wenn sich abzeichnet, so Frau Brückner, dass der Haushaltsausgleich gesetzlich nicht mehr gewährleistet werden kann, dann müssen ggf. Maßnahmen gestoppt werden.

Herr Altmann fragt nach den Erstattungen der Gewerbesteuer ausfälle von Bund und Land (Tendenz). Frau Brückner sagt, dass die Prozente feststehen. Die Ausfälle werden zu 50% vom Bund und zu 50% vom Land getragen. Die Grundlage, welcher Vergleich genommen wird, steht noch nicht fest. Grundlage wird die Kassenstatistik von diesem und vergangenen Jahr sein. Unklar ist, wie die Gewerbesteuer ausfälle definiert werden. Das Finanzministerium ist dazu noch in der Abstimmung.

TOP 7.2.2 Bericht zum Cash-Management

Mit dem vorherigen Tagesordnungspunkt erledigt.

TOP 7.3 Antrag der SPD-Fraktion: Erstellung eines Nachtragshaushalts wegen 7/AN/190 gravierender Veränderungen auf der Einnahme- und Ausgabeseite

Herr Dr. Berger geht auf den Antrag ein und merkt an, dass sich für die SPD-Fraktion die Frage stellt, ob nicht doch eine Haushaltssperre nötig ist.

Frau Brückner erläutert, dass sie derzeit gesetzlich nicht verpflichtet ist, einen Nachtragshaushalt zu erstellen.

Herr Dippe richtet die Frage an Herrn Dr. Berger, welche Bedeutung die Formulierung in der Beschlussvorlage hat „sowie unverzüglich die Inanspruchnahme von Aufwands- und Auszahlungsansätzen sowie Verpflichtungsermächtigungen zu sperren“?

Herr Dr. Berger kann diese Frage nicht beantworten.

Herr Dippe bittet den Antrag zu verschieben, da gegenwärtig noch nicht feststeht, von welchen Annahmen, auch mit Blick auf die Entwicklung von Corona, auszugehen ist. Die Wirtschaft läuft nur langsam wieder an, andererseits steigen die Infektionszahlen.

Beschlussvorschlag:

Die Kämmerin wird beauftragt, den Entwurf einer Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung 2020 aufzustellen und dem Bürgermeister zur Feststellung vorzulegen sowie unverzüglich die Inanspruchnahme von Aufwands- und Auszahlungsansätzen und Verpflichtungsermächtigungen zu sperren.

Zustimmung Ja 1 Nein 4 Enthaltung 5 Befangen 0

TOP 7.4 Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen: Änderung der Hauptsatzung 7/AN/196

Herr Koch schlägt Herrn Saliter vor, den Antrag dahingehend zu ändern, diesen in der AG zur Geschäftsordnung zu behandeln.

Mit diesem Vorschlag erklärt er sich einverstanden und zieht den Antrag zurück.

TOP 7.5 Freigabe von Haushaltsmitteln für die Programmgestaltung des Stadt- 7/DS/207 festes 2021

Frau Brückner sagt, dass die Verwaltung prüft, inwieweit die eingesparten Mittel aus 2020 für das Stadtfest 2021 genutzt werden können.

Herr Dippe befürwortet das Stadtfest, ist aber auf Grund der aktuellen Corona-Situation skeptisch. Er plädiert dafür, das Budget zu reduzieren und ggf. Anfang kommenden Jahres weitere Mittel dafür bereitzustellen.

Herr Koch führt aus, die Mittel unbedingt in voller Höhe (80.000 €) einzusetzen, da die Verträge vorbereitet werden müssen und auch eine Verantwortung gegenüber den Künstlern und Schaustellern besteht.

Herr Teichmann: Die Verträge aus diesem Jahr können eins zu eins in das kommende Jahr transferiert werden.

Der Entscheidung, die heute getroffen werden soll, liegt eine Grundsatzentscheidung voraus und zwar, dass jährlich 80.000 € für das Stadtfest zur Verfügung gestellt werden sollen.

Er nutzt die Debatte und sagt, dass der Gedanke von Herrn Dippe nicht falsch ist und darüber gesprochen werden muss. Er ist sich nicht sicher, ob die 80.000 € richtig eingesetzt werden. Er möchte dass sie eingesetzt werden für ein Stadtfest, welches unter Corona möglich ist. Es ist nicht intelligent den Haupt Act einfach in das nächste Jahr zu überführen und sieht die Notwendigkeit über eine neue Form des Stadtfestes nachzudenken. Das sollte man der AG Stadtfest auch so mitteilen.

Herr Dippe fragt nach, wie die Gedanken von Herrn Wende in den weiteren Prozess eingebracht werden sollen.

Die Mitglieder verständigen sich darauf, den Sachverhalt in der AG Stadtfest vorzutragen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die verbindliche Übernahme der Kosten für die Programmgestaltung des Stadtfestes 2021 in Höhe von 80.000 € und fordert die Verwaltung auf, die Kosten in den Haushalt 2021 einzustellen.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 7.6 Ergebnis zum Prüfauftrag Einführung eines Livestreamings (AN/7/023) 7/IV/192

Herr Wende betont, dass die Einführung eines Livestreamings seine Zustimmung findet. Problematisch wird es sein, einzelne Stadtverordnete davon zu überzeugen. Dies ist kein Geld was umsonst ausgegeben wird, sondern eine Investition in die Demokratie.

Herr Aulich findet die Investition fraglich. Man könnte die Tonmitschnitte auch via Stream zur Verfügung stellen.

Es liegt eine Information von der Datenschutzbeauftragten vor, dass nicht alle Stadtverordneten explizit zustimmen müssen, so Herr Dippe und sagt zu, diese Info allen Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Koch fragt zum Passus, dass 100 Personen gleichzeitig auf dem Stream zugreifen können.

Herr Mörsel führt aus, dass bis zu 100 gleichzeitige Zugriffe möglich sind. Die Daten laufen nicht über den stadteigenen Server, sondern über einen Dienstleister.

Der Bürgermeister sagt, dass die Frage im Raum steht, ob die Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden sollen. Zum anderen müsste die AG Geschäftsordnung diesen Part mit in die GO einbeziehen. Er bittet dies zu berücksichtigen.

Kenntnisnahme

TOP 7.7 Kitakostenausgleich mit den Ämtern Spreenhagen, Odervorland und der Stadt Storkow (Mark) 7/DS/210

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen des Kostenausgleichs für das Jahr 2016 gemäß § 16 Abs. 5 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg gegenüber der Stadt Storkow nicht die Einrede der Verjährung zu erheben und die Forderung in Höhe von 765,32 EURO zu begleichen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen des Kostenausgleichs für das Jahr 2016 gemäß § 16 Abs. 5 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg gegenüber dem Amt Odervorland nicht die Einrede der Verjährung zu erheben und die Forderungen in Höhe von zusammen 3896,07 EURO zu begleichen.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, wegen des Kostenausgleichs für das Jahr 2016 gemäß § 16 Abs. 5 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg gegenüber dem Amt Spreenhagen nicht die Einrede der Verjährung zu erheben und die Forderung in Höhe von 16.214,22 EURO zu begleichen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.8 Neufassung der Satzung zur Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree (Feuerwehrkostensatzung) 7/DS/217

Frau Brückner informiert, dass es derzeit keine gültige Gebührensatzung gibt und dementsprechend keine Gebühren erhoben werden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Feuerwehr der Stadt Fürstenwalde/Spree (Feuerwehrgebührensatzung) nebst Anlage Gebührentarif.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Frau Brückner beantwortet unter diesem TOP zwei Fragen aus der letzten Sitzung des HÜA. Zur Frage des erhöhten Stellausschreibungsbedarfs – welche Firma wurde beauftragt und wie viele Mittel an diese Firma bisher ausgereicht wurden. Im Jahr 2019 sind 19.068,78 Euro an die Firma Intelligenzsystem Transfer Zehlendorf u.a. für Mediakosten im Rahmen des Auswahlverfahrens für den Referenten und für das Auswahlverfahren Wachabteilungsleiter geflossen.

Die Frage, ob es Erkenntnisse von städtischen Grundschulen gibt, wie viele Kinder das Homeschooling nicht nutzen konnten, weil sie keine Geräte hatten, beantwortet die Kämmerin, dass die Stadt Fürstenwalde/Spree als Schulträger die Sachen nicht systematisch erfasst und deshalb keine Kenntnis darüber hat.

Weitere Informationen liegen nicht vor.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Dippe bezieht sich auf den gestrigen Sozialausschuss. Der Kita- und Grundschulbeirat hat Maßnahmen, die eventuell noch finanzwirksam wären vorgetragen, um die städtischen Schulen und Kitas kurzfristig, angesichts der steigenden Infektionszahlen, noch Corona sicherer zu machen, als sie ohnehin schon sind. Er wirbt schon jetzt für einen Antrag seiner Fraktion zur nächsten STVV, Sofortmaßnahmen umzusetzen, um im Falle erneuter Einschränkungen des Schulbetriebs im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein moderates Unterrichtsgeschehen an den Fürstenwalder Grundschulen und notwendige Hygienemaßnahmen in den Grundschulen und Kitas zu gewährleisten.

Herr Koch bezieht sich auf das Bürgerbudget zur Aussage eines Bürgers zum Geschenk der Bücherzelle an die Stadt. Er möchte vom BM wissen, warum die Stadt dieses Geschenk nicht angenommen hat.

Der BM führt aus, dass er die Frage nicht beantworten kann.

Herrn Wende interessiert, wie der Sachstand zur zweiten Zahlung in Höhe von 75.000 Euro an den FSV Union Fürstenwalde ist.

Herr Rudolph teilt mit, dass Herr Wichary im gestrigen Sozialausschuss (nichtöffentlich) umfassend informiert hat. Ein Termin zum Gespräch beim Landrat hat, auf Grund von Abwesenheitszeiten, bisher noch nicht stattgefunden. Er ist terminiert und wird in der kommenden Woche stattfinden.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Aulich beendet den öffentlichen Sitzungsteil und bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 11 Seiten.

Lars Aulich
Vorsitzender

Anke Marggraf
Schriftführerin